



## Österreichische Gesundheitskasse

# Krankenkassenreform krachend gescheitert

**Akt. 1,2 Milliarden Euro werden die Abgänge der Österreichischen Gesundheitskasse bis 2027 betragen. Eingedämmt wird dieses Rekorddefizit überwiegend von den Bundesländern Tirol, Salzburg und Vorarlberg. Einmal mehr hat der totale Zentralismus gezeigt, dass er nicht in der Lage ist, auf die komplexen Anforderungen im Gesundheitswesen eine Antwort zu geben.**

**H**orrrende Abgänge statt der berühmten „Patientenmilliarde“, Machtzentralisierung und gut dotierte Jobs in Wien statt Beseitigung von Defizitstrukturen. Hinzu kommt eine absurde Bürokratie und ein zentraler Entscheidungswirrwarr im Verbund mit kompetenz- und ressourcenmäßig ausgehungerten Landesstellen sowie eine weitgehende Entmachtung der ehrenamtlichen Arbeitnehmervertreter in ihrer eigenen Krankenkasse. Das ist die katastrophale Bilanz der Zusammenlegung der Gebietskrankenkassen zum zentralen Verwaltungsmoloch ÖGK in Wien.

„Von den vollmundigen Versprechungen, wie etwa der Patienten-Milliarde, ist nichts übrig geblieben: Würden die positiven Ergebnisse der westlichen drei Bundesländer in Höhe von 819 Millionen Euro nicht nach Wien abgesaugt, hätte die ÖGK sogar ein Defizit von zwei Milliarden Euro zu erwarten“, so AK Präsident Zangerl, der gemeinsam mit den Präsidenten aus Salzburg, Peter Eder, und Vorarlberg, Bernhard Heinzle, die Rückführung elementarer Kassen-Kompetenzen in die Länder und eine Stärkung der regionalen Gesundheitspolitik fordert.

**Dramatische Prognose.** Dass durch diese Entwicklung langfristig gesehen eine katastrophale wirtschaftliche Situation in einzelnen Landesstellen herrschen wird, zeigt auch ein Blick auf die ÖGK-interne Prognose bis zum Jahr 2027. Trotz massiver Mittelabsaugung aus dem Westen (aktuell Tirol 400 Mio., Salzburg 354 Mio., Vorarlberg 65 Mio. €) wird im Jahr 2027 das Jahresdefizit der gesamten ÖGK immer noch so hoch sein wie im Jahr 2022. Diese alarmierenden Befunde verschwimmen allerdings in der neuen ÖGK, weil es nur noch ein Gesamtergebnis gibt. Im Unterschied zu der Struktur mit einzelnen Länderkammern mit jeweils eigenen Rechnungsabschlüssen und der Möglichkeit, in den Bundesländern Reserven aufzubauen, fließen die in den westlichen Bundesländern erwirtschafteten Überschüsse still und heimlich in die Taschen der defizitären ÖGK-Landesstellen.

**Nettozahler aus dem Westen.** Gesamt werden es bis 2027 Abgänge in der Höhe von rund 1,2 Milliarden sein. Den drei westlichsten Bundesländern werden im Gegenzug 819 Millionen Euro entzogen. „Es gelingt dem Management der ÖGK in keinster Weise,

die Ausgabenungleichgewichte in einzelnen Bundesländern abzustellen – lieber greift man weiter ungezielt in die Taschen der westlichen Bundesländer und entzieht ihnen jenes Geld, das sie dringend für Gesundheitsprojekte und die Weiterentwicklung der Versorgung auf regionaler Ebene brauchen würden. Außerdem entstehen in den Bundesländern keine neuen, qualitativ hochwertigen Arbeitsplätze mehr, während in der neuen zentralistischen Struktur laufend zusätzliche Stellen geschaffen werden“, kritisiert Zangerl. Die Personalstruktur der ÖGK führt aber nicht zu den versprochenen schnelleren Abwicklungen, im Gegenteil: So warten derzeit Tiroler Patientinnen und Patienten auf die Rückerstattung von insgesamt 110.000 (!) Rechnungen bei Wahlarztkosten. „Der zentrale Besetzungsprozess führt dazu, dass die Länder keine Möglichkeit haben, Personal einzusetzen, wenn es notwendig ist“, sagt Zangerl dazu.

**Patienten die Verlierer.** Bis auf einige wenige Reformgewinner gibt es fast niemanden mehr, der sich nicht für eine Rückführung von elementaren Kompetenzen – wie Personal oder Finanzen – in die Länder ausspricht. Durch die

maximale Zentralisierung ist auch keine optimale Anbindung von Systempartnern wie Ärztekammer, Landesgesundheitsreferenten, regionalen Interessensvertretungen und regionalen Gesundheitsdienstleistern mehr möglich. Das führt unter anderem auch dazu, dass in den Bundesländern zunehmend Kassenärzte fehlen und die Versorgung der Patienten leidet.

**Gesetzgeber muss eingreifen.** Theoretisch möglich wäre eine Rückführung von Kompetenzen durch einfache Beschlüsse des ÖGK-Verwaltungsrats in Wien, von dem die Landesstellenausschüsse momentan komplett ausgeschlossen sind. Das aber verhindert die neue Leitung der ÖGK nachhaltig, weshalb die AK Präsidenten in Abstimmung mit den Obleuten der ÖGK-Landesstellen gemeinsam ein Eingreifen des Gesetzgebers und eine Änderung der Geschäftsordnung sowie der Richtlinien des ÖGK-Verwaltungsrats fordern.

„Wir können nicht zusehen, wie die Interessen der Patienten im Land auf der Strecke bleiben und trotzdem massive Defizite erwirtschaftet werden, das wäre unverantwortlich“, so AK Präsident Zangerl abschließend.



Schlechte Aussicht. Das Defizit der ÖGK explodiert und wird 2027 bei 1,2 Milliarden Euro liegen. „Die Länder brauchen wieder Kassen-Kompetenzen“, sagt dazu AK Präsident Zangerl.

## FAKT FORDERUNG

### ÖGK: Was sich ändern muss

**D**ie Landesstellenausschüsse sind in der neuen ÖGK-Struktur komplett von der Mitbestimmung im zentralisierten Verwaltungsrat ausgeschlossen. Die Arbeiterkammer fordert deshalb, dass die regionale Selbstverwaltung künftig wieder verstärkt in zentrale Planungen und Entscheidungen eingebunden wird. Ebenso braucht jeder der in der ÖGK neu geschaffenen 18 Fachbereiche bzw. jedes Expertisezentrum einen Ansprechpartner im Status eines Abteilungsleiters oder Stellvertreters im Bundesland, damit die Abstimmung zwischen zentralen Vorgaben und regionalen Bedürfnissen vor Ort bedarfsorientiert und bürgerfreundlich gewährleistet sind.

#### Die weiteren Forderungen der AK:

- Künftig ist wieder pro Land im Rahmen von Vorgaben ein Dienstpostenplan zu erstellen – die Besetzung der Dienstposten soll wieder von Personalausschüssen in den Ländern und nicht von einer zentralen Stelle aus erfolgen. Beispiel Tirol: Es muss möglich sein, bei Engpässen auch ohne den zentralen Besetzungsprozess Personal anstellen zu können (z. B. um den riesigen Stau bei der Kostenrestitution abzubauen zu können).
- Kein weiteres „Absaugen“ von Personal der Landesstellen, um damit zentrale Strukturen zu stärken. Besonders ist das im Bereich der Führungsebene festzustellen.
- Die Landesstellenleitung (ehem. Direktion) nimmt eine fachbereichsübergreifende Koordinationsrolle auf Landesebene ein. Daher ist sie den Landesstellenausschüssen und nicht dem Generaldirektor in Wien zu unterstellen. Die Landesstellenleitung fungiert als die von den regionalen Systempartnern benötigte regionale Ansprechstelle der ÖGK.
- Die Pressebetreuung soll wieder verstäkt vor Ort in den Ländern erfolgen – die Aufgaben des zentralen Pressebüros sind neu zu regeln, um die regionalen Anforderungen abdecken zu können.



Zeitung für Arbeit und Konsumentenschutz der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

**Medieninhaber und Herausgeber:** Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol, 6020 Innsbruck, Maximilianstraße 7  
**Redaktion:** Mag. Henrik Eder, Valentina Mair, Armin Muigg, Victoria Rausch, Gertraud Walch  
**Fotos:** AK, stock.adobe.com  
**Druck:** Intergraphik GmbH, 6020 Innsbruck, Ing. Etzelstraße 30

Die von der AK Tirol angebotenen Leistungen kommen ausschließlich ihren Mitgliedern zugute. Soweit personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.

## Beispiel Tirol: Fehlende Arztstellen und fehlender Strukturausbau

**I**n den Bezirken Kitzbühel und Kufstein sind die halben Zahnarztstellen seit langem unbesetzt. Ein Lösungsansatz ist die Errichtung eines Zahngesundheitszentrums. Die Gespräche mit der Stadt Kitzbühel hinsichtlich Standort und Bedingungen sind abgeschlossen. Es liegt nach einjähriger Verhandlung auch die Zustimmung der Österreichischen

Zahnärztekammer vor, sodass mit dem Umbau und der Errichtung begonnen werden könnte. Seit Monaten wird nun auf die Behandlung und Genehmigung durch den Verwaltungsrat in Wien gewartet, um mit der dringend notwendigen Errichtung beginnen zu können. Das Zentrum in Kitzbühel hätte die Kapazität von fünf Behandlungsstühlen.

Alleine mit dem Überschuss der ÖGK-Landesstelle Tirol im Jahr 2023 (53 Mio. €) könnten etwa  
• 30 neue Vertragsarztstellen finanziert werden  
• das Angebot in der Psychotherapie verdoppelt werden  
• die längst überfälligen sechs Primärversorgungseinheiten errichtet und betrieben werden

• die zahnmedizinische Versorgung im Tiroler Unterland verbessert werden, in dem unter anderem das längst überfällige Zahngesundheitszentrum in Kitzbühel – das immer noch auf seine Freigabe durch den Verwaltungsrat in Wien wartet – gebaut und mit vier Zahnärztinnen und Zahnärzten betrieben werden könnte.